

Änderungsanträge der BAG Europa zu Europawahlprogramm, Teil VII Außenpolitik

(zusätzlich zu den bereits im Dez. 08 eingereichten Änderungsanträgen (Beschluss vom 30.11.2008))

Verantwortlich/Kontakt:

Annalena Baerbock <Annalena.Baerbock@web.de> und

Martin Rocholl <martin.rocholl@web.de> (BAG SprecherInnen)

Änderungsantrag zu EP-01 – 2281 BAG Europa Beschluss vom: 2.1.2009 (Internationales 1)

Einfügen in Zeile 2281 nach „Gewaltfreiheit“: Abrüstung

Begründung: Dies ist ein zentrales Ziel unserer Grünen Außenpolitik.

Änderungsantrag zu EP-01 - 2296 BAG Europa Beschluss vom: 2.1.2009 (Internationales 2)

Einfügen in Zeile 2296 nach „eine Absage.“: GRÜNE setzen auf zivile Krisenprävention. Denn der Einsatz...

Begründung: Hier wird bis jetzt nur genannt wogegen wir sind und nicht wofür wir stehen. Das sollte deutlicher gemacht werden.

Änderungsantrag zu EP-01 - 2327 BAG Europa Beschluss vom: 2.1.2009 (Internationales 3)

Ersetzen in Zeile 2327 „Allianz“ durch „Partnerschaft“

Begründung: Der Ausdruck „transatlantische Allianz“ ist besetzt durch die NATO. Dies ist an dieser Stelle aber falsch und kann nicht gemeint sein, da es auch um die globale Wirtschaft geht.

Änderungsantrag zu EP-01 - 2352 BAG Europa Beschluss vom: 2.1.2009 (Internationales 4)

Ersetzen in 2352 ersten Satz durch: „Wir bekennen uns zum Fortgang des Erweiterungsprozesses.“

Begründung: Das Bekenntnis zum Erweiterungsprozess muss stärker sein und außerdem haben wir Grüne nicht beschlossen, dass für uns die Grenzen der EU diejenigen sind, die in den aktuellen Verträgen festgeschrieben sind. Vor zwanzig Jahren hätte auch niemand gedacht, dass z.B. Polen zur EU gehören wird!

Änderungsantrag zu EP-01 - 2369 BAG Europa Beschluss vom: 2.1.2009 (Internationales 4 A NEU)

Zeile 2369 streiche „die ehemalige jugoslawische Republik“ vor Mazedonien

Begründung:

Bisher haben wir Grünen Mazedonien mit seinem selbst gewählten und traditionellen Namen betitelt. Dies sollten wir auch weiter so machen, denn wenn wir FYROM verwenden würden, stellten wir uns auf die griechische Seite, die schon die übrige EU mittels Vetos dazu gezwungen hat, das Land Mazedonien nicht unter seinem verfassungsmäßigen Namen "Republik Mazedonien", anzuerkennen, obwohl die Mehrheit der Staaten der Welt (120 insgesamt) Mazedonien so anerkannt hat. Zwar wird Mazedonien formal bei der VN unter der Bezeichnung "ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien" geführt, aber wir nennen in unseren Programmen in der Regel keinen Staat beim vollen Namen (Schweizerische Eidgenossenschaft, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland, Islamische Republik Iran, usw.), sondern bei den allgemein geläufigen, umgangssprachlichen, nicht-diplomatischen.

Änderungsantrag zu EP-01 - 2391

BAG Europa

Beschluss vom: 2.1.2009 (Internationales 5)

Ergänzen in 2391: nach "fördert": ",wie er durch die direkten Gespräche der beiden Gemeinschaften wieder in Gang gekommen ist. Die EU soll insbesondere die Zivilgesellschaft unterstützen." (Weiter mit: "Der Konflikt ... "

Begründung: Zivilgesellschaftliche Akteure spielen eine überaus wichtige Rolle im Wiedervereinigungsprozess von Zypern. Ein Gelingen liegt nicht nur bei der Türkei und Griechenland alleine, sondern auch bei den zivilgesellschaftlichen Kräften. Eine wirksame EU-Unterstützung sollte auch hier ansetzen.

Änderungsantrag zu EP-01 – 2549 - 2581

BAG Europa

Beschluss vom: 2.1.2009 (Internationales 6)

Kästen in 2549 und 2569 durch folgenden Kasten ersetzen:

Ökologische und soziale Standards in der Handelspolitik - Welthandelsorganisation (WTO) reformieren

Wir wollen die Globalisierung nach den Geboten der ökologischen Nachhaltigkeit, der sozialen Gerechtigkeit und des Ausgleichs zwischen Arm und Reich weltweit gestalten. Dazu brauchen wir eine nachhaltige internationale Strukturpolitik, in der Finanzmarkt-, Klima-, Handels- und Entwicklungspolitik zusammen gedacht und an den universellen Menschenrechten ausgerichtet werden. Eine besondere Verantwortung hat die Europäische Union in der internationalen Handelspolitik. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein faires, multilaterales Handelssystem im Dienste der Armutsbekämpfung und der nachhaltigen Entwicklung. Die Durchsetzung von Umwelt- und Sozialstandards im Welthandel ist dabei ein zentraler politischer Gestaltungsbereich auf dem Weg zu einer gerechten Globalisierung. Staaten und Unternehmen müssen verpflichtet sein, soziale, ökologische und Menschenrechtsstandards einzuhalten. Für die WTO müssen deswegen die relevanten Konventionen der VN bindend werden und die WTO muss grundlegend reformiert werden. Wir wollen anerkannte Umwelt-, Arbeits- und Kulturnormen, sowie geographische Bezeichnungen und Ursprungsbezeichnungen viel stärker schützen, statt diese durch die WTO in Frage zu stellen. Die Handelsliberalisierung darf nicht länger einseitig im Zentrum stehen. Auch die Industriepolitik sich entwickelnder Staaten darf nicht generell durch eine Interpretation des Schutzes geistigen Eigentums behindert werden, der vor allem Firmen nutzt. Mittels der WTO dürfen Entwicklungsländern keine überzogenen Freihandelsabkommen aufgedrängt werden, die die nachhaltige Entwicklung von aufkommenden Industrien und der Landwirtschaft von Entwicklungsländern unterminieren. Die derzeitigen politischen Mehrheiten im Europäischen Parlament, dem Rat und der

Kommission verfolgen unter dem irreführenden Motto "Globales Europa" allerdings das Gegenteil. Konservative und Liberale Kräfte in der EU Kommission setzen auf Deregulierung und stärken bilaterale Abkommen, statt im multilateralen Rahmen zu gestalten. Eine ökologisch-solidarische Weltordnung ist das Gegenteil des "Recht des Stärkeren". Das erprobte Konzept des fairen Handels, aber auch das FSC-Siegel für nachhaltige Holzprodukte sind hierfür Vorbilder. Dies wollen wir in der EU weiter ausbauen.

Begründung: Die beiden Kästen schlagen eine Reform des Welthandels vor und ähneln sich sehr. Außerdem kommen viele Doppelungen vor, die mit dieser Zusammenführung vermieden werden.

Änderungsantrag zu EP-01 - 2566
BAG Europa
Beschluss vom: 2.1.2009 (Internationales 7)

In 2566 Anfang des Satzes ersetzen durch „Das erprobte Konzept des fairen Handels, ...

Begründung: Deutlichere Formulierung, die den Begriff „fairen Handel“ benutzt.

Änderungsantrag zu EP-01 - 2625
BAG Europa
Beschluss vom: 2.1.2009 (Internationales 8)

2625 bis 2628 streichen

Begründung: Erstens werden im gesamten Programm keine Konflikte angesprochen und der Abschnitt wirkt in dem Kapitel zur EU als Zivilmacht sehr „angehängt“. Zweitens kann der Nahost-Konflikt nicht gut in zwei Sätzen abgehandelt werden, so wie das hier der Fall ist.

Änderungsantrag zu EP-01 – 2630-2652
BAG Europa
Beschluss vom: 2.1.2009 (Internationales 9)

Zeilen 2637 nach .. und Justiz garantieren einfügen:

"Essenziell ist dabei auch der Aufbau eines Kontingents von technischen Hilfskräften, die sowohl in Kriegsregionen, aber auch in Katastrophengebieten beim Wiederaufbau zum Einsatz kommen."

Begründung: Häufig fehlt es an zivilen Kräften für den Katastrophenschutz oder zum Wiederaufbau von Infrastruktur in Krisengebieten. Stattdessen werden militärische Strukturen genutzt – das ist nicht nötig wie das Beispiel des deutschen THWs belegt. Eine solche Kraft auf europäischer Ebene wäre ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Zivilmacht Europas.

Änderungsantrag zu EP-01 – 2654-2659
BAG Europa
Beschluss vom: 2.1.2009 (Internationales 10)

Zeilen 2654 bis 2659 streichen, ersetzen durch:

„Europäischen Zivilen Friedensdienst schaffen

Wir wollen einen Europäischen Zivilen Friedensdienst schaffen. Als Freiwilligendienst soll er Menschen jeden Alters die Möglichkeit geben, sich im Bereich der zivilen Konfliktbearbeitung, Friedensförderung und Krisenprävention zu engagieren. Ein ziviler

Friedensdienst würde einen wichtigen Beitrag zur Friedensentwicklung „von unten“ liefern. Durch Intervention auf zivilgesellschaftlicher Ebene kann er dazu beitragen, dort Dialog sowie lokale und regionale Friedens- und Versöhnungspotentiale aufzubauen, zu unterstützen und zu vernetzen.“

Änderungsantrag zu EP-01 – 2692

BAG Europa

Beschluss vom: 2.1.2009 (Internationales 11)

Zeile 2692: „kann“ streichen und „muss“ einfügen. Dann weiter: „Die Verteidigungsagentur muss hierzu beitragen, sie muss ihre Arbeit offenlegen und durch das Europäische Parlament kontrolliert werden.“

Begründung: Um eine Doppelung der Strukturen oder einer Aufrüstung durch die Harmonisierung der Streitkräfte entgegenzuwirken, soll hier verbindlicher gemacht werden, dass die Verteidigungsausgaben zu senken sind. Außerdem muss klar sein, dass die Verteidigungsagentur keine Rüstungsagentur wird. Transparenz und demokratische Kontrolle sind hierfür gute Instrumente.

Änderungsantrag zu EP-01 – 2716

BAG Europa

Beschluss vom: 2.1.2009 (Internationales 13)

Hinter 2716 einfügen: Der Europarat und der ihm zugeordnete Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sind und bleiben unverzichtbarer Hüter der Menschenrechte in ganz Europa.

Begründung: Der Europarat leistet eine sehr wichtige Arbeit in diesem Bereich, in und außerhalb der EU Grenzen in Europa, und sollte von uns Grünen in seiner Arbeit gestärkt werden.

Änderungsantrag zu EP-01 – 2746

BAG Europa (gemeinsam mit der BAG Frieden)

Beschluss vom: 2.1.2009 (Internationales 14)

In Zeile 2746 nach „...Verbot radioaktiver Munition.“ einfügen:

„Die NATO muss den Verzicht auf einen nuklearen Erstschlag erklären, die Betonung von Nuklearwaffen in ihrem strategischen Konzept aufgeben und die nukleare Abrüstung durch einseitige Schritte in Gang bringen.“

Begründung:

Umsetzung der Beschlussfassung der Bundesdelegiertenkonferenz in Erfurt. Der Bundesvorstand hat Teile der Änderungen, die im Beschluss von Erfurt gegenüber der Kurzfassung des FriSiKo-Berichts vorgenommen wurden, schon als Änderungsanträge EP-01-2694, EP-01-2697 und EP-01-2746 eingebracht. Dieser Änderungsantrag vervollständigt den EP-01-2746, da in diesem der Teil zu einseitigen Abrüstungsschritten fehlt, der in Erfurt in den Abrüstungsteil eingefügt wurde.

Im EP-01-2746 wird zudem die Bundesregierung aufgefordert; das ist im Europawahlprogramm nicht sinnvoll.